



### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Ralph Elster CDU

### **Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung**

Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU  
Frau Brigitte Spielberg auf Vorschlag der SPD  
Herr Marc Müller auf Vorschlag der Grünen

### **Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Turan Özküçük

**Verwaltung:** Herr Dr. Höver

**Verwaltung und Protokoll:** Herr Schnitzler

**Fachamt:** 23, Herr Rollnik V/3, Frau Reinecke  
32, Herr Bischof Herr Gudat,  
450, Frau Zupp Pressesprecher der  
61, Frau Müssigmann Koelnmesse GmbH  
66, Herr Rothe

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Mitteilungen**

#### **2 Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

#### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

3.1 Eingabe zum Planungsvorhaben am Langendahlweg in Köln-Ostheim (Az.: 02-1600-52/08)  
4093/2008

3.2 Eingabe für die Anordnung von Tempo 50 in einem Bereich der Riehler Straße

(Az.: 02-1600-69/07)  
4662/2007

- 3.3 Eingabe für die Akkreditierung der Journalisten des Deutschen Presse Verbandes (DPV) durch die Koelnmesse GmbH (Az.: 02-1600-47/08)  
3742/2008
- 3.4 Eingabe für die Ermäßigung der Eintrittspreise bei den städtischen Museen für Menschen mit Behinderungen (Az.: 02-1600-46/08)  
3669/2008
- 3.5 Eingabe zu den Preisen von Taxi- und Mietwagenfahrten (Az.: 02-1600-64/08)  
4189/2008

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

### **2 Anfragen**

#### **2.1 Mündliche Anfragen**

- keine -

#### **2.2 Schriftliche Anfragen**

- keine -

### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

#### **3.1 Eingabe zum Planungsvorhaben am Langendahlweg in Köln-Ostheim (Az.: 02-1600-52/08) 4093/2008**

##### **Beratungsverlauf:**

Herr Hertling trägt die Forderungen der Antragsteller sehr ausführlich anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Müssigmann, 61, Stadtplanungsamt, nimmt Stellung für die Verwaltung. Zunächst erläutert sie den Sachstand des Bebauungsplanverfahrens. Sie macht deutlich, dass bisher - insbesondere auch hinsichtlich der Antragsteller - lediglich über einen Vorentwurf des Bebauungsplanes diskutiert wurde. Erst durch den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 23.10.2008 sei das Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden. Für die Bürgerinnen und Bürger beginnt damit ein zweistufiges Verfahren (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und später die Offenlage), bei dem sie ihre Anregungen einbringen können. Sie informiert die Anwesenden, dass am 01.12.2008 um 19.30 Uhr im Schulzentrum Ostheim, Hardtgenbuscher Kirchweg 100, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird. Anschließend erläutert sie das Planungsgebiet.

Frau Dr. Reimers bittet die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger über das zweistufige Bürgerbeteiligungsverfahren zu informieren.

Herr Thelen wendet sich an die Antragsteller mit dem Hinweis, dass man nicht in allen Belangen auf die Festsetzungen einer 27 Jahre alten Planung bestehen kann. In vielen Bereichen (z. B. Versorgung mit Krankenhäusern) habe sich die Situation gravierend geändert.

Anschließend geht Frau Müssigmann noch auf einige Punkte des Vortrages der Antragsteller ein:

- Auch aus Sicht der Verwaltung muss der Vorschlag des ökologischen Bauens ausführlich mit dem Investor geklärt werden.
- Aus Sicht der Verwaltung sollte ein Wohnungsmix (öffentlich gefördert und privat finanziert) angeboten werden.
- Die Geschossflächenzahl 1,3 ist von der Verwaltung gewünscht; auch die Lage am Stadtrand ist hierfür nicht hinderlich.
- Für das Bebauungsplangebiet wird es ein Verkehrsgutachten geben.
- Auch aus Sicht der Verwaltung muss die Straße Alter Deutzer Postweg ausgebaut werden, zumal diese auch Bestandteil der Veloroute ist.

Auf Frage von Herrn van Benthem teilt Frau Müssigmann mit, dass der Verwaltung noch nicht bekannt ist, wie hoch der Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum sein wird. Bei der Auftaktveranstaltung zur Bürgerbeteiligung sei auch der Investor anwesend und könnte dazu befragt werden.

Die Antragsteller kritisieren, dass die Verwaltung beabsichtigt, eine „überholte“ Planung als Grundlage für die Bürgerbeteiligung zu präsentieren. Einige Ausschussmitglieder kritisieren dieses ebenfalls.

Frau Müssigmann macht deutlich, dass die Verwaltung damit beabsichtigt, zusammen mit den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern die Kritikpunkte und Änderungswünsche (z. B. seitens der Bezirksvertretung Kalk in der Sitzung am 18.09.2008 geäußert) abzuarbeiten. Sie hält es für sinnvoll, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden, an welcher Stelle z. B. die diskutierte Kindertagesstätte gebaut werden soll.

Herr Rollnik, 23, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, nimmt kurz Stellung für die Verwaltung und bringt zum Ausdruck, dass die Verwaltung eine gute Lösung gefunden hat, um den in Rede stehenden Planungsbereich vernünftig zu entwickeln.

Der Vorsitzende fasst die Redebeiträge zusammen und lässt über einen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Bürgerinnen und Bürgern für das Interesse an den Planungen für das Gebiet am Langendahlweg.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verweist nach einer kurzen inhaltlichen Diskussion die Eingaben zur weiteren Beratung in die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und Offenlegung und bittet die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger über das zweistufige Verfahren zu informieren. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, deutlich zu machen, welche Planung des Investors jeweils aktuell ist.

Die Bezirksvertretung Kalk soll über die Angelegenheit informiert werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**3.2 Eingabe für die Anordnung von Tempo 50 in einem Bereich der Riehler Straße (Az.: 02-1600-69/07) 4662/2007**

**Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller ist nicht anwesend.

Frau Holländer bringt einen Änderungsantrag ein. Sie regt an, der Eingabe derzeit nicht stattzugeben, sondern im Zuge des Erneuerungsprogramms für die Lichtsignalanlagen die Angelegenheit noch einmal aufzugreifen.

Frau Schmerbach unterstützt diesen Vorschlag und schlägt vor, noch zu ergänzen, dass das Erneuerungsprogramm für die Lichtsignalanlagen für das Jahr 2010 vorgesehen ist. Weiterhin bittet sie, die vernünftige Einbindung der Aufzuanlage der Haltestelle Ebertplatz in den Straßenverlauf sicherzustellen.

Herr Rothe, 66, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, sagt dieses zu und ergänzt, dass die Zuwegungen zu den Aufzügen behindertengerecht gestaltet werden.

**Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden spricht sich derzeit gegen die Anordnung einer Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf der Riehler Straße in dem in Rede stehenden Bereich aus.

Die Verwaltung wird jedoch gebeten, im Rahmen des für das Jahr 2010 geplanten Erneuerungsprogramms für die Lichtsignalanlagen die Angelegenheit erneut aufzugreifen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**3.3 Eingabe für die Akkreditierung der Journalisten des Deutschen Presse Verbandes (DPV) durch die Koelnmesse GmbH (Az.: 02-1600-47/08) 3742/2008**

**Anmerkung:**

Mit Fax vom 10.11.2008 teilen die Antragsteller mit, dass mit der Koelnmesse GmbH Einvernehmen erzielt und damit ihrem Anliegen gefolgt wurde. Sie betrachten ihre Eingabe damit als erledigt.

Das Schreiben wurde den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben.

**Beratungsverlauf:**

Der Vorsitzende dankt Herrn Gudat, Pressesprecher der Koelnmesse GmbH, für die Sitzungsteilnahme.

Herr Gudat erläutert auf Wunsch der Ausschussmitglieder kurz die Regularien für die Zulassung von Journalisten und erklärt, weshalb es zu den Unstimmigkeiten mit den Antragstel-

lern gekommen ist. Da es ab dem 01.01.2009 die durch die Innenministerkonferenz bestätigten „amtlichen“ Presseausweise nicht mehr geben wird, sei die Koelnmesse GmbH in der Pflicht gewesen, die Zulassungsvoraussetzungen für Journalisten neu zu prüfen. Die Koelnmesse sei den Ausstellern gegenüber verpflichtet, nur solche Journalisten zuzulassen, die tatsächlich auch über das Messegeschehen berichten und den Presseausweis nicht nur als „Eintrittskarte“ benutzen. Die Messe würde zukünftig keine pauschalen Akkreditierungen mehr aussprechen, sondern gegebenenfalls personenbezogene Einzelfallprüfungen durchführen. Der DPV habe zwischenzeitlich der Koelnmesse GmbH seine Seriösität nachgewiesen; für diesen Verband würden damit die gleiche Zulassungsbedingungen gelten, wie für die anderen Verbände, mit denen die Messe bisher zusammen gearbeitet hat.

Der Vorsitzende unterbreitet einen Vorschlag für einen geänderten Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

#### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt die Einigung zwischen der Koelnmesse GmbH und dem DPV.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.4 Eingabe für die Ermäßigung der Eintrittspreise bei den städtischen Museen für Menschen mit Behinderungen (Az.: 02-1600-46/08) 3669/2008**

#### **Anmerkung:**

Mit Schreiben vom 30.10.2008 nimmt die Antragstellerin Stellung zur Beschlussvorlage der Verwaltung und teilt mit, dass sie nicht an der Sitzung teilnehmen wird.

Das Schreiben wurde vorab an die Ausschussmitglieder übersandt und ist in die Beratung mit eingeflossen.

#### **Beratungsverlauf:**

Frau Zupp, 450, Referat für übergreifende Museumsangelegenheiten, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie erläutert, dass die jetzige Benutzungsordnung für die städtischen Museen beim Eintrittspreis nicht auf den Status „Menschen mit Behinderung“ abstellt, sondern die finanzielle Leistungsfähigkeit des Personenkreises berücksichtigt; ein Kriterium dafür sei der Kölnpass.

Frau Reinecke, Dezernat V/3, Behindertenbeauftragte, führt aus, dass diese Vorgehensweise mitgetragen wird. Als „Nachteilsausgleich“ für Behinderte sei z. B. die Regelung anzusehen, dass eine notwendige Begleitperson freien Eintritt hat. Frau Reinecke weist allerdings darauf hin, dass es nach ihrer Kenntnis bei verschiedenen städtischen Einrichtungen unterschiedliche Ermäßigungstatbestände gibt.

Herr Dr. Fladerer vertritt die Auffassung, dass es eigentlich hinsichtlich der Ermäßigungstatbestände bei allen städtischen bzw. stadtnahen Einrichtungen einheitliche Regelungen geben müsste.

Herr Dr. Höver warnt vor einer zu starren Vereinheitlichung, da die Einrichtungen unterschiedliche Besucherstrukturen haben (z. B. Zoo viele Kinder, VHS viele Senioren). Er macht deutlich, dass die Eintrittspreise und die entsprechenden Vergünstigungen von politischen Gremien festgelegt wurden.

Frau Schmerbach regt an, die Eingabe an die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu überweisen. Ein gutes Einkommen sollte bei eventuellen Überlegungen zur Gewährung von Eintrittsermäßigungen berücksichtigt werden.

Frau Holländer spricht sich ebenfalls dafür aus, die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu beteiligen.

Frau Dr. Reimers macht deutlich, dass behinderten Menschen die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglicht werden sollte. Allerdings sollten sich Regelungen am Kölnpass und am Einkommen orientieren. Sie spricht sich für eine Beteiligung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Fachausschüsse aus.

Frau Gebauer sieht keinen sofortigen Handlungsbedarf, da Behinderung nicht unbedingt mit finanzieller Bedürftigkeit gleichgestellt werden kann. Der Kölnpass würde schon viele Fälle mit abdecken. Sie spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, kann allerdings eine Grundsatzdiskussion durch die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mittragen.

Herr van Benthem führt aus, dass etwaige Regelungen nur auf Schwerstbehinderte beschränkt werden sollten. Der Ausschuss Kunst und Kultur sowie der Ausschuss für Soziales und Senioren sollten auch beteiligt werden.

Unter Berücksichtigung der Redebeiträge formuliert der Vorsitzende einen geänderten Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

#### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verweist die Angelegenheit an die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mit der Bitte um Ausarbeitung einer Empfehlung. Anschließend soll das Thema in den Ausschuss Kunst und Kultur sowie in den Ausschuss Soziales und Senioren eingebracht werden.

Über das Ergebnis soll der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden informiert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.5 Eingabe zu den Preisen von Taxi- und Mietwagenfahrten (Az.: 02-1600-64/08) 4189/2008**

Der Antragsteller hat am 10.11.2008 um 14.30 Uhr telefonisch seine Eingabe **zurückgezogen**. Auf einen Vortrag durch die Verwaltung, Herrn Bischof, Amt für öffentliche Ordnung, sowie eine Diskussion wird verzichtet.

Thelen  
Ausschussvorsitzender

Schnitzler  
Schriftführer